

peace brigades international



„Wenn ihr nicht ins Gefängnis kommt, werden wir euch töten!“

Kritische Lage für MenschenrechtsverteidigerInnen im Süden Mexikos

Die Schwierigkeiten der Rückkehr
oder der „umgekehrte Kulturschock“

Begleitung der pbi-Freiwilligen nach ihrer Rückkehr aus dem Projektland

Liebe Leserinnen und Leser,

dieses Mal hat es lange gedauert, bis Sie die neue Ausgabe des Rundbriefs in den Händen halten. Dafür ist er dieses Mal auf 20 Seiten angewachsen.

Im ersten Schwerpunkt geht es um ein brisantes Thema in Mexiko: Mitte April musste das Menschenrechtszentrum Tlachinollan sein Büro in Ayutla schließen. Nachdem acht ihrer MitarbeiterInnen bei einer Autofahrt durch Schüsse bedroht wurden, war das Risiko zu groß geworden. Auch die OPIM-Präsidentin Obtilia Eugenio Manuel hat innerhalb weniger Monate mehrere Todesdrohungen erhalten. Zwei MitarbeiterInnen von Tlachinollan reisten im Juni nach Deutschland, um mit ParlamentarierInnen über ihre Situation zu sprechen. Sie wurden dabei von pbi unterstützt.

Im zweiten Schwerpunkt „Die Schwierigkeiten der Rückkehr“ berichten wir über die Betreuung der pbi-Freiwilligen, die in einem der pbi-Projekte gearbeitet haben. Gerade die Zeit nach der Rückkehr aus dem Projekteinsatz stellt für viele Freiwillige einen großen Einschnitt im Leben dar. Sie haben eine sehr intensive Zeit im Projekt erlebt, die sich vom Alltag in Deutschland deutlich unterscheidet, müssen sich neu orien-

tieren und stehen oft auch beruflich vor einem Neuanfang. Was sich hinter dem „umgekehrten Kulturschock“ verbirgt, erläutern Cathrin Schmock und Suhela Behboud.

pbi Deutschland wächst – im Umfang des Finanzvolumens, das an die Projekte weitergegeben wird, in der Anzahl der Freiwilligen weltweit und in der Anzahl der Veranstaltungen, die wir in Deutschland durchführen. Allein das pbi-Bildungsprojekt hatte dieses Jahr schon mehr als 400 Veranstaltungen – mit Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen. Auch die von pbi begleiteten Personen haben die Gelegenheit genutzt, um bei Besuchseisen über ihre Arbeit zu berichten. Der Anwalt Jan Christian Warinussy aus Indonesien wählte eine ungewöhnliche Methode, um seine Akzeptanz in der Region zu erhöhen: er ist Coach der Juniorenfußballmannschaft in seiner Heimatstadt Manokwari. Zwei ehemalige Freiwillige porträtierten seine Arbeit.

Eine schöne und besinnliche Weihnachtszeit und einen guten Start ins neue Jahr wünscht Ihnen

Doris Erdmann
im Namen der Rundbrief-Redaktion

peace brigades international (pbi)

peace brigades international ist eine international tätige gewaltfreie Friedens- und Menschenrechtsorganisation. pbi wurde 1981 gegründet und hat sich seither in verschiedenen Ländern erfolgreich für den Schutz der Menschenrechte und die gewaltfreie Konfliktbearbeitung eingesetzt. International zusammengesetzte Teams von Freiwilligen begleiten einheimische MenschenrechtsverteidigerInnen und Friedenskräfte und schaffen Raum für Friedensprozesse.

Das von pbi entwickelte Konzept einer schützenden Begleitung der lokalen Zivilbevölkerung leistet dabei einen unmittelbaren Beitrag zur Gewaltprävention und trägt langfristig zur Stärkung ziviler Konfliktlösungsmöglichkeiten bei.

pbi bekennt sich zu den Grundsätzen der Gewaltfreiheit, Unabhängigkeit, Überparteilichkeit und Nichteinmischung und wird nur auf Anfrage tätig. Zur Zeit unterhält pbi Projekte in Kolumbien, Mexiko, Guatemala, Nepal und Indonesien und ist im Rahmen einer Friedenskoalition in Chiapas/Mexiko (SIPAZ) engagiert.

Schwerpunkt I ▶ 8-11

MenschenrechtsverteidigerInnen im Süden Mexikos



Titelthema ▶ 3-4

Der Fall Agámez in Kolumbien

Kurznachrichten ▶ 5

Aktuelles aus dem Inland

Kurznachrichten ▶ 6-7

Aktuelles aus den Projekten

Schwerpunkt II ▶ 14-17

Die Schwierigkeiten der Rückkehr



Aktuelles ▶ 12-13

Als Streiter für Menschenrechte in Papua

Rezension ▶ 18

„Auf halbem Weg zum Himmel“

Personalia ▶ 19

Titelbild: Die Kriminalisierung sozialer Proteste ist Thema auf dem 14. Jahrestag des Menschenrechtszentrums Tlachinollan in Mexiko

Impressum

Hrsg.:

pbi Deutscher Zweig e.V.
Harkortstr. 121
D-22765 Hamburg

Redaktion: Christoph Behrends, Doris Erdmann, Eva Helmstädter, Patrick Hezel, Teresa Huhle, Maria Kern, Christel Köhler, Dagmar Kronenberg, Johanna Stöppler, Dr. Peter Tachau

Beiträge: Suhela Behboud, Christoph Behrends, Petra Gramer, Eva Helmstädter, Patrick Hezel, Teresa Huhle, Paul Metsch, Gerrit Meyer, Adam Muminovic, Maik Müller, Johanna Stöppler

Fotos: Dagmar Leibner, Doris Erdmann, Klaus Karszat, Michaela Landsmann, MOVICE, Priska Palacios, pop tutu film, pbi Guatemala, pbi Indonesien, pbi Kolumbien, pbi Mexiko, pbi Nepal

Layout: CREALUX Kommunikationsdesign

Druck: Druckwelten GmbH, Hamburg



*Carmelo Agámez im Gefängnis von Sincelejo während des Besuchs eines Kollegen von Movice.
Im Hintergrund eine Wärterin des Gefängnispersonals.*

Zu Unrecht inhaftiert

Der kolumbianische Aktivist Carmelo Agámez setzte sich für Vertriebene ein

Der Fall von CARMELO AGÁMEZ ist ein Beispiel für das marode Justizsystem Kolumbiens. Er zeigt, wie neben der Zivilbevölkerung zunehmend MenschenrechtsaktivistInnen Opfer von staatlicher Unterdrückung werden. Das Beispiel einer Odyssee, die durch das Zusammenspiel von Polizei, Sicherheitskräften und Militär möglich wird.

Der Gemeinschaftsbetreuer Carmelo Agámez sitzt seit November 2008 im Gefängnis, ohne dass Beweise gegen ihn vorgelegt wurden. Die kolumbianische Justiz wirft Agámez vor, mit rechtsgerichteten Paramilitärführern Umgang zu haben. Während eines Gefängnisinterviews im nördlichen Bundesland Sucre mit Chris Kraul, einem Reporter der Los Angeles Times, sagte der Menschenrechtsaktivist, er sei willkürlich in den Schlund der kolumbianischen Justiz geworfen worden. Der wirkliche Grund für seine Festnahme sei sein Einsatz für vertriebene Afrokolumbianer in der Stadt San Onofre.

„Ich habe Menschen geholfen, die Anspruch auf ihr Land erhoben haben. Das hat jemandes Aufmerksamkeit erregt“, sagte Agámez im Interview. Agámez ist technischer Sekretär des lokalen Ortsverbands der „Movimiento Nacional de Víctimas de Crímenes de Estado“ – kurz Movice (Nationale

Bewegung der Opfer staatlicher Verbrechen). Movice ist eine Dachorganisation von über 200 Menschenrechtsgruppen, die zum Teil durch pbi Kolumbien begleitet werden.

Seit 2006 ist die Anzahl der durch den langjährigen bewaffneten Konflikt in Kolumbien Vertriebenen dramatisch gestiegen. Laut einem Bericht der Nichtregierungsorganisation Codhes wurden im Jahr 2008 380.000 Menschen vertrieben – die höchste Rate seit 2002. Die Ursachen sind laut Bericht in dem bewaffneten Konflikt zwischen Guerillagruppen, Paramilitärs und Sicherheitskräften zu suchen. „Die Bevölkerung wird von den Konfliktparteien zunehmend weniger verschont, immer öfter sogar bewusst als Geisel missbraucht“, so die Direktorin der Diakonie Katastrophenhilfe, Cornelia Füllkrug-Weitzel, in ihrer Jahresbilanz. Die Vertreibungen finden unter dem Vorwand der Landgewinnung für Viehzucht, Nutzholz und Ölbohrarbeiten statt. Dahinter stehen häufig Wirtschaftsinteressen multinationaler Großkonzerne, die die natürlichen Ressourcen vor Ort etwa zur Gewinnung von Palmöl ausbeuten wollen (siehe pbi-Rundbrief 01/08). Die Konzerne arbeiten dabei mit staatlichen Stellen und paramilitärischen Gruppen zusammen. Movice hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Vertriebenen zu helfen – und wird daran immer wieder gehindert.

Die Todeslisten der Paramilitärs

Am 13. November 2008 stürmten fünf Zivilpolizisten Agámez' Haus, trafen dort jedoch nur auf seine Frau. Zwei Tage später ging Agámez freiwillig zum Staatsanwaltsbüro in Sincelejo, wo er festgenommen und später ins örtliche Gefängnis verlegt wurde. Das Heikle daran: zu den Insassen des Gefängnisses La Vega zählten paramilitärische Führer, die unter anderem aufgrund seiner Aktivitäten als Menschenrechtler inhaftiert worden waren. Des Weiteren steht Agámez nach Informationen von Movice seit drei Jahren zusammen mit anderen Aktivisten auf einer Todesliste der Paramilitärs – neun der dort genannten 17 Personen seien mittlerweile tot. In verschiedenen kolumbianischen Städten folgten hunderte Menschen im Dezember einem Aufruf, um gegen Agámez' Inhaftierung zu demonstrieren. Erst diese öffentlichkeitswirksamen Proteste bewirkten, dass Agámez in einen sichereren Teil des Gefängnisses verlegt und von den Paramilitärs getrennt wurde.

Der Verhaftung gingen Korruptionsvorwürfe gegen einige Funktionäre unmittelbar voraus. Die New Yorker Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch berichtete, dass eine Hauptbelastungszeugin gegen Agámez die Ehefrau des ehemaligen Bürgermeisters San Onofres sei. Pikant: um dessen Verstrickungen mit den Paramilitärs aufzudecken, hatte Agámez 2007 eine öffentliche Anhörung organisiert. Human Rights First veröffentlichte im Februar 2009 einen Bericht, in dem Agámez' Inhaftierung als einer von 32 fragwürdigen Fällen genannt wird, in denen kolumbianischen Aktivisten haltlose Beschuldigungen wie Anstiftung zur Rebellion, Terrorismus oder Paramilitarismus vorgeworfen werden. Diese Vorwürfe würden laut dem Bericht oft genutzt, um kritische politische Stimmen zum Schweigen zu bringen.

pbi Kolumbien wies in ihrem Aprilnewsletter auf Carmelo Agámez' Situation hin. Andrew Hudson, Anwalt bei Human Rights First, appellierte an Präsident Álvaro Uribe, den Generalstaatsanwalt zu einer Untersuchung aller Kriminalfälle aufzufordern. Monate vergingen. Mitte Juli endlich ein Erfolg: Der kolumbianische Generalstaatsanwalt Mario Iguarán ordnete eine Untersuchung an, in deren Mittelpunkt Agámez' Chefankläger Martínez Mendoza steht. Es besteht Verdacht auf Korruption. Anfang September kam es jedoch zu einem Rückschlag: Agámez wurde erneut in einen unsicheren Bereich des Gefängnisses verlegt – und ist damit wieder Personen ausgesetzt, die aufgrund von Anzeigen durch Movice inhaftiert wurden.

Menschenrechtler zunehmend gefährdet

Der Fall Carmelo Agámez zeigt, wie illegitime Festnahmen genutzt werden, um Andersdenkende einzuschüchtern und zu kriminalisieren. Er dokumentiert aber auch, dass neben den indigenen Gemeinden zunehmend MenschenrechtsaktivistInnen von Machthabern bedroht werden. Der im Februar erschienene jährliche Bericht des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen zählt MenschenrechtsverteidigerInnen zu den gefährdeten Gruppen, die 2008 Opfer verschiedener Angriffe waren und als Un-

ruhestifter bezeichnet wurden. Die Verhaftungen würden von der kolumbianischen Regierung genutzt, um das Ansehen der Menschenrechtsarbeit vor Ort zu untergraben, so Experten. „Anstatt erfundene Anklagen gegen VerteidigerInnen von Menschenrechten zu erheben, muss die kolumbianische Regierung viel mehr tun, um diese Organisationen zu unterstützen“, so der beisitzende US-Abgeordnete Jim McGovern bei einer Anhörung vor der Menschenrechtskommission. Die Organisationen vor Ort kritisieren, dass staatliche Stellen die gesellschaftliche, politische und militärische Rolle der Paramilitärs ignorieren: es werden keine Maßnahmen zum Schutz der Gemeinschaften und Zivilbevölkerung getroffen und so ihr Recht auf Unversehrtheit und auf Leben verletzt.

pbi Kolumbien hat in der Vergangenheit bereits mehrfach über Fälle berichtet, in denen Aktivisten eingesperrt und der Rebellion oder des Paramilitarismus bezichtigt werden, um sie in Verruf zu bringen und andere einzuschüchtern. In den Augen von RechtsexpertInnen spiegeln die Inhaftierungen das allgemeine Problem der schwachen Rechtsstaatlichkeit in Kolumbien und anderen Staaten Lateinamerikas wider. Experten sehen in der Errichtung eines stärkeren und gerechteren Rechtssystems in Kolumbien einen Schlüssel, um die Jahrzehnte des bürgerlichen Unfriedens zu beenden.

Seine Familie und ihm nahestehende Unterstützer wissen, dass er unschuldig unter Arrest sei, sagte Agámez im Gespräch mit Chris Kraul. Seine Inhaftierung habe jedoch Samen des Zweifels unter einigen Gefolgsleuten gesät – Zweifel, die nicht leicht auszuräumen seien. „Das ist es, was diese Leute wollen“, sagte Agámez Bezug nehmend auf die Hintermänner seiner Haft, „ich fühle mich demgegenüber machtlos.“ Movice versucht nun zunächst, einen Heimarrest für Agámez und seine spätere Freilassung zu erreichen.

-- pbi

Christoph Behrends



Solidaritätskundgebung von Movice im Dezember 2008

Rap als Instrument der Friedensarbeit

Mit satten Beats und schneidenden Texten macht die kolumbianische Rap-Gruppe „Los Renacientes“ auf das Unrecht in ihrer Heimat aufmerksam – und das nicht nur auf der Bühne. Im Rahmen ihrer Deutschland-tournee veranstalteten „Die Wiedergeborenen“ mit Unterstützung von pbi Filmvorführungen, Vorträge und Schulworkshops. „Das Ziel dieses Workshops war es, uns über die gewaltsamen Vertreibungen kolumbianischer Gemeinden seitens paramilitärischer Gruppen zu informieren“, so Elif Uzuner, Schülerin an der Rheingau-Oberschule in Berlin. „Dazu kommt es, weil sich aus dem fruchtbaren Boden Profit schlagen lässt. Die Musiker berichteten uns von ihrer Vertreibung aus ihrer Heimat Chocó und von ihrer Zusammenfindung als Rap-Gruppe danach, mit der sie ihren Schmerz und ihre Trauer zum Ausdruck bringen konnten.“ In einem anschließenden Rollenspiel nahmen die SchülerInnen die Perspektive von Flüchtlingen, BeamtInnen und BeobachterInnen während der Beantragung von Asyl ein und komponierten gemeinsam einen Rap-Song. Zu hören gibt es die Renacientes unter myspace.com/renacientes.

„Nightwind“ – mehr als ein Theaterstück



Mit einfachsten Requisiten zog Hector Aristizabal das Publikum in seinen Bann

Hector Aristizabal aus Kolumbien hielt Anfang April 2009 auf Einladung von pbi einen Theaterworkshop in Hamburg. Er ist Psychologe und Theaterleiter und arbeitet nach der Methode des „Theaters der Unterdrückten“. Hector begann den Workshop mit der Solo-Theaterperformance „Nightwind“, in der er darstellte, was er in Kolumbien erlebte. Seine Geschichte ist eine von Folter und Verfolgung. Sein Bruder wurde von Militärs getötet, ihm selbst gelang die

Flucht in die USA. Hector Aristizabal wählt den Weg des Theaters – nicht nur, um die eigenen Erfahrungen zu verarbeiten, sondern auch, um die ZuschauerInnen in das Geschehen einzubeziehen. Sie sollen ihre Eindrücke und Gefühle auf eine befreiende Art umsetzen. Schnaufen, schreien, um sich schlagen – alles ist erlaubt. Auch so lassen sich Veränderungen anstoßen; mit den Mitteln des Theaters.

Laufen für den Frieden

„Es war anstrengend, aber es hat auch viel Spaß gemacht“, so die elfjährige Antonia vom Helene-Lange-Gymnasium in Hamburg. Antonia ist eine von 1.300 SchülerInnen, die beim 2. Hamburger Friedenslauf ein sichtbares Zeichen für den Frieden setzten. Trotz heftiger Regenfälle liefen die SchülerInnen am 10. Juli zusammen etwa 8.000 km. „Wir haben versucht, möglichst viele Runden zu laufen, damit ganz viel Geld zusammen kommt“, ergänzt Antonias Mitschülerin Paula. Im Vorfeld hatten die beiden in Familie und Freundeskreis SponsorInnen gesucht, die pro gelaufener Runde einen selbst bestimmten Betrag

spenden. Die erlaufenen Spenden kommen internationalen Friedensprojekten in Nepal und Mazedonien sowie dem pbi-Bildungsprojekt „Menschenrechte leben & lernen“ in Deutschland zugute. Im Rahmen eines umfangreichen Bühnenprogramms informierte pbi zudem über seine Aktivitäten. Livemusik internationaler Musikgruppen animierte die LäuferInnen zum Durchhalten. „Ich bin stolz, dass wir selbst etwas für den Frieden tun können. Und es ist gar nicht so schwer. Man muss nicht erst weit weg fahren. Jeder Einzelne kann auch hier etwas machen“, freut sich der zehnjährige Robert. Zwölf Runden hat er geschafft.



Stolze 8000 km schafften die LäuferInnen und sammelten eine Spendensumme von 28 000 Euro!

Geschäftsstelle in Hamburg ist umgezogen

Die pbi-Geschäftsstelle in Hamburg hat die (Bahnhofs-) Seite gewechselt: Wer in Hamburg-Altona aus dem Zug steigt, muss Ottensen nun den Rücken kehren und in Richtung Harkortstraße laufen. Gegenüber der Holstenbrauerei gelegen befinden sich die

neuen Büroräume im sportlichen vierten Stock und bieten nun viel Platz. Zwar hat das Kisten packen für zwei Wochen den normalen Arbeitsbetrieb lahm gelegt, aber MitarbeiterInnen und BesucherInnen sind sich sicher: es war die Mühe wert!

Hier die neue Adresse: peace brigades international - Deutscher Zweig e. V., Harkortstr. 121, D-22765 Hamburg. Telefon: 040-3890437-0. Fax: 040-3890437-29
Achtung: auch die Telefonnummer hat sich geändert!

Guatemala



Begleitschutz durch Silvia Weber (pbi D) und Jean-Jaques Ambressin (pbi CH)

Anwalt Rodrigo Rosenberg erschossen: Am 10. Mai wurde der Anwalt Rodrigo Rosenberg erschossen. In einer zwei Tage später veröffentlichten Videobotschaft, aufgezeichnet vor seinem Tod, beschuldigt er den guatemaltekischen Präsidenten Álvaro Colom sowie zwei weitere Regierungsmitglieder der Anstiftung zu seinem Mord. Rosenberg vermutet in dieser Botschaft außerdem, dass durch seinen Mord weitere Morde sowie Korruptionsfälle in Bezug auf Staatsgelder verschleiert werden sollen, für die er stichfeste Beweise vorliegen habe. Für die Veröffentlichung und Aufzeichnung der Videobotschaft bekannte sich mittlerweile die guatemaltekische Rechte, zu deren Flügel auch Rosenberg zählte.

Politische Stabilität Guatemalas zunehmend gefährdet: Sowohl zivilgesellschaftliche Organisationen als auch Teile der internationalen Staatengemeinschaft sehen die politische Stabilität Guatemalas zunehmend gefährdet. Die angebliche Verwicklung von Präsident Colom und dessen Frau in den Mord an dem Anwalt Rodrigo Rosenberg im Mai wird von rechten Gruppierungen genutzt, um Druck auf den Präsidenten auszuüben. Zuletzt kam es immer wieder zu heftigen Protesten auf den Straßen, sowohl von Gegnern als auch von Anhängern des Präsidenten. Gleichzeitig werden Menschen, die gegen zunehmende Landnahme und Megaprojekte im Bereich des Bergbaus demonstrieren, zunehmend

an der Ausübung dieses Rechts gehindert. Die sozioökonomische Situation im Land verschlimmert sich. Im Sommer 2009 war Colom gezwungen, den Notstand auszurufen, um internationale Hilfe zur Bekämpfung einer Hungersnot in Teilen des Landes beantragen zu können.

Anklage gegen Jorge López wurde fallengelassen: Am 29. September wurde die Anklage gegen Jorge López, dem Direktor der Organisation zur Unterstützung Integrierter Sexualität gegen Aids (OASIS) in allen Punkten fallengelassen. López wurde der Begünstigung einer Straftat in Zusammenhang mit dem Mord an einer Sexarbeiterin beschuldigt. Im Januar dieses Jahres wurde ein Haftbefehl gegen ihn erlassen. Das Guatemala-Projekt hatte daraufhin darum gebeten, das Gerichtsverfahren sorgfältig zu beobachten. Jorge wurde zu einem sechsmonatigen Hausarrest verpflichtet und musste sich alle 30 Tage bei Gericht melden. Aufgrund seines Einsatzes für die Rechte und den Schutz Transsexueller, wird López seit Jahren teilweise massiv bedroht. Dass nun von einem Gericht anerkannt wurde, dass die Anschuldigungen gegen ihn keine Grundlage haben, ist ein großer Erfolg. pbi begleitet OASIS und insbesondere Jorge López seit 2006.

Kolumbien

Haft für illegale Tötungen: Anfang August wurden 15 Soldaten wegen der Tötung zweier Zivilisten in Medellín im Mai 2006 zu Haftstrafen zwischen vier und dreißig Jahren verurteilt. Bei den Opfern handelte es sich um „Falsche Positive“ – die Soldaten hatten sie als Rebellen titulierte, um militärische Erfolge vorzutäuschen.

Jahrelange Überwachung durch Geheimdienst: Der kolumbianische Geheimdienst DAS hat jahrelang Menschenrechtsorganisationen illegal und systematisch überwacht. Dies geht aus einem Bericht des Technischen Ermittlungsdienstes (CTI) hervor. Zu den überwachten Organisationen zählen das Anwaltskollektiv José Alvear Restrepo (CCAJAR), die Stiftung Manuel Cepeda Vargas und andere Vereinigungen, die von pbi begleitet wurden oder mit denen pbi eng zusammenarbeitet. Nach Informationen der Wochenzeitung Semanal enthält das DAS-Dossier

Familienfotos, e-mail-Korrespondenz und ein psychologisches Profil des CCAJAR-Präsidenten Alirio Uribe. Als Konsequenz des Überwachungsskandals verkündete Felipe Muñoz, der Leiter des kolumbianischen Geheimdienstes DAS am 18. September 2009 dessen Auflösung.

15 Jahre pbi in Kolumbien: Am 16. Oktober feierte pbi in Bogotá den 15. Jahrestag seiner Menschenrechtsarbeit in Kolumbien. Anlässlich des Jubiläums veröffentlichte pbi ein 56-seitiges Sonderheft (Boletín) und einen Dokumentarfilm über die Geschichte des Projekts. Links zu dem Heft und dem Film finden sich auf der Seite www.pbi-colombia.org. Die einzelnen Kapitel des Films lassen sich über YouTube ansehen.

Drohungen gegen FCSP: pbi ist besorgt über Drohungen gegen das Stif-tungskomitee „Solidarität mit den poli-



Andrea Zängle (links) beteiligte sich an den Dreharbeiten des Films zum 15-jährigen Jubiläum des Projektes

tischen Gefangenen“ (FCSP). Anfang September wurden drei Mitglieder der von pbi seit 10 Jahren begleiteten Organisation auf offener Straße und per Telefon bedroht.

Indonesien

„Superwahljahr“ 2009: Das Jahr 2009 wurde von den Wahlen zum nationalen Parlament, der Wahl des Präsidenten und zahlreichen Wahlen von Provinzparlamenten geprägt. Am 9. April fanden die Parlamentswahlen statt. Die demokratische Partei bekam eine deutliche Mehrheit der Stimmen, während die nationalistischen und islamistischen Parteien Verluste hinnehmen mussten. Im Zuge der Wahlen kam es in Papua zu erheblichen Unruhen, bei denen die Sicherheitskräfte massiv gegen die indigene Bevölkerung vorgingen. Die Präsidentschaftswahlen am 9. Juli, aus denen Präsident Susilo Bambang Yudhoyono als Sieger hervorging, verliefen entgegen den

Erwartungen einigermaßen friedlich. Analysten heben aber die hohe Rate der NichtwählerInnen hervor, die auf eine Abkehr der WählerInnen vom Demokratisierungsprozess schließen könnte.

Begleitarbeit in Papua unter erschwerten Bedingungen: Die Arbeit internationaler Organisationen in Papua ist zur Zeit nur unter schwierigen Bedingungen möglich. Im April wurde das internationale Rote Kreuz im Zuge der Unruhen aus Papua verwiesen und es wurde ihm untersagt, die politischen Gefangenen in den Gefängnissen zu besuchen. Auch Günter Nooke, dem Menschenrechtsbeauf-

tragten des Auswärtigen Amtes, wurde im Frühjahr die Einreise nach Papua verwehrt. Seit der Ausweisung des roten Kreuzes verstärkte sich auch der Druck der Autoritäten auf pbi. Im September mussten die pbi-Freiwilligen für kurze Zeit die Region verlassen, da ihre Visa nicht mehr anerkannt wurden. Der internationale Rat von pbi unterstützte das Projekt darin, eine schnelle Lösung zu finden. Inzwischen hat pbi die Arbeit vor Ort wieder aufgenommen. In einem Rotationssystem reisen die Freiwilligen mit Visa, die jeweils einen Monat gültig sind, nach Papua, um die Treffen mit den begleiteten Organisationen fortzuführen.

Nepal

Rücktritt des Premierministers: Premierminister Pushpa Kamal Dahal (auch bekannt als Prachanda) ist Anfang Mai nach dem politischen Streit um die Entlassung des Armeechefs Katawal zurückgetreten. Der General hatte sich geweigert, die ehemaligen maoistischen Rebellen in die nepalesische Armee zu integrieren. Am 23.5. wurde Madhav Kumar Nepal zum neuen Premierminister ernannt. Der Rücktritt des Premiers nach nicht einmal einem Jahr im Amt bedeutet einen Rückschlag für den Friedensprozess in Nepal und zieht eine politische Krise nach sich. Die politische Situation ist von gewalttätigen Protesten geprägt. Im Sommer wurden die Sitzungen des Parlaments für zwei Monate unterbrochen.



Präsenz zeigen: das Team in Gulariya

Neues pbi-Team in Gulariya: Im mittleren Westen des Landes, in Gulariya, eröffnete pbi ein neues Büro, um eine ständige Präsenz in der Region zu gewährleisten. Ein Team mit vier Freiwilligen begleitet dort u.a. das Advocacy Forum (AF), das

sich gegen Folter und illegale Festnahmen wendet und arbeitet eng mit den lokalen Partnern aus den Distrikten Bardiya und Banke zusammen.

Laxmi Devi Khadka und Indira Ghale zu Gast in Deutschland:

Die Menschenrechtsverteidigerinnen Indira Ghale (Journalistin und Trainerin bei Protection Desk Nepal) und Laxmi Devi Khadka, Vorstandsmitglied des Conflict Victims Committee (CVC) kamen Ende November nach Hamburg und Berlin. Sie berichteten über die Rolle der Frauen im Friedensprozess in Nepal. Seit 2007 begleitet pbi die Mitglieder des CVC in der Region Bardiya.

Mexiko

Felipe Arreaga verstorben: Am 16. September 2009 ist Felipe Arreaga, Mitbegründer der Organisation Organización de Mujeres Ecologistas de la Sierra de Petatlán (OMESP) bei einem Unfall ums Leben gekommen. Zusammen mit seiner Frau Celsa Valdovinos hatte er sich für den Schutz der Bergregion eingesetzt. Beide wurden seit 2005 von pbi begleitet.

Erfolg für Comité Cerezo: Am 16. Februar sind die beiden Brüder Antonio und Héctor Cerezo nach siebeneinhalb Jahren Haft freigelassen worden. Das Comité Cerezo hatte sich seit 2002 für ihre Freilassung eingesetzt.

Revision der Menschenrechtsslage: Im Februar fand eine Revision (UPR) der Menschenrechtsslage in Mexiko vor

dem UN-Menschenrechtsrat in Genf statt. Es wurden während des Prüfverfahrens 83 Empfehlungen ausgesprochen, von denen Mexiko viele akzeptierte. Unter anderem machte Mexiko das Zugeständnis, die Umsetzung der Schutzmaßnahmen für MenschenrechtsverteidigerInnen zu verbessern.

Tita Radilla auf Deutschlandbesuch: Tita Radilla, die Vizepräsidentin der Verschwundenenorganisation AFADEM, machte im Rahmen ihrer knapp dreiwöchigen Europareise auch in Deutschland Halt. Sie hielt drei Vorträge, die zwischen dem 10. und 12. November 2009 in Berlin und Wiesbaden stattfanden und traf sich mit AnwältInnen und VertreterInnen des Auswärtigen Amtes und des Bundestages.



Das Comité Cerezo freut sich über die Freilassung ihrer Mitglieder

RückkehrerInnen verstärken Inlandsarbeit: Gleich drei ehemalige Freiwillige des Projektes (Maik Müller, Heike Böttcher und Françoise Greve) sind in diesem Jahr in der Inlandsarbeit tätig und stärken die Advocacy-, Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit.

„Wenn ihr nicht ins Gefängnis kommt, werden wir euch töten!“

Kritische Lage für MenschenrechtsverteidigerInnen im Süden Mexikos



pbi-Besuch im Büro des Menschenrechtszentrums Tlachinolán, das jetzt geschlossen wurde

Der 13. Februar 2009 schrieb in Mexiko in zweierlei Hinsicht Schlagzeilen. An diesem Tag nahm die mexikanische Regierung 83 von insgesamt 93 Empfehlungen des UN-Menschenrechtsrates im Rahmen der „Revision zur Menschenrechtssituation in Mexiko“ an. Dies könnte als Indikator dafür angesehen werden, dass Mexiko sich in Sachen Menschenrechte auf einem guten Weg befindet. Am gleichen Tag löste jedoch ein anderes Ereignis im Bundesstaat Guerrero tiefe Besorgnis aus und machte deutlich, wie kritisch es um die Menschenrechte besonders in den südlichen Regionen Mexikos bestellt ist: Die beiden Aktivisten RAÚL LUCAS (39) und MANUEL PONCE (32), Präsident und Sekretär der „Organisation für die Zukunft der Mixtecos“ (OFPM) wurden in Ayutla de los Libres von drei bewaffneten Männern entführt. Wie berechtigt die Sorgen um die beiden entführten Menschenrechtsverteidiger waren, wurde genau eine Woche später deutlich. Am 20. Februar wurden die Leichen der beiden Männer aufgefunden - durch Blutergüsse, schwere Verbrennungen und eingeschlagene Zähne aufs Grausamste entstellt.

Lynchjustiz und Militärwillkür

Es ist wohl kein Zufall, dass gerade sie ausgewählt wurden, um ein blutiges Exempel an ihnen zu statuieren. Raúl war Überlebender eines Massakers im Dorf „El Charco“, in dem das Militär 1998 elf Zivilisten hinrichtete. Die mexikanische Regierung stellte die Ereignisse später als Auseinandersetzung zwischen der Armee und der Guerilla dar. Die beiden ermordeten Aktivisten klagten in diesem und anderen Fällen die Menschenrechtsverletzungen an, die durch das Militär begangen wurden. Dies hat zu wiederholten Dro-

hungen und Übergriffen geführt. In einem Interview, das pbi 2007 mit Raúl Lucas führte, erzählte er, was er und seine Familie erleiden mussten: „Nach dem Massaker von El Charco begann die Armee, mich zu bedrohen. Ich sei ein Anführer, der die Kameraden anstachele, und sie würden mich töten. Sie kamen viermal in mein Haus und wir erhielten Morddrohungen. Später haben sie auch auf meine Frau geschossen. Am 15. Februar 2007 verübten sie ein Attentat auf mich und sie schossen mir in den Hals.“ Obwohl alle Vorfälle zur Anzeige gebracht wurden, gingen die Täter straffrei aus.

Die Hintergründe dieser Taten erklären sich aus der jüngeren Geschichte. Seit seiner Gründung Mitte des 19. Jahrhunderts wurde Guerrero immer wieder von Konflikten erschüttert, die sich stets am Streit um Landbesitz und am sozialen, politischen und wirtschaftlichen Gefälle zwischen Bauern und den wenigen regionalen Machthabern, den Kaziken, entzündeten. Die Kaziken unterhalten enge Beziehungen zu Militär, Polizei und zu Regierungskreisen. In den letzten Jahren ist die Situation vor Ort vor allem von blutigen Machtkämpfen rivalisierender Drogenbanden geprägt. Dies nahm die Regierung zum Anlass, die Militärpräsenz in der Region massiv zu erhöhen.

Gegensätzliche Ansichten vor dem UN-Menschenrechtsrat

Folgt man dem offiziellen Bericht der Mexikanischen Regierung zur Lage der Menschenrechte im eigenen Land, den diese nur drei Tage vor der Entführung von Raúl Lucas und Manuel Ponce dem UN-Menschenrechtsrat vorgelegt hat, könnte man meinen, die Tage schwerer Menschenrechtsverletzungen in Mexiko wären längst passé. Mit dem Hinweis auf die vielen Initiativen und Programme, die der mexikanische Staat in den letzten Jahren angestoßen hat, soll der Eindruck



Lässt sich nicht einschüchtern: trotz der Drohungen setzt Obtilia Eugenio Manuel (rechts im Bild) ihre Arbeit fort

vermittelt werden, Mexiko befände sich auf dem besten Weg zu einem Staat, in dem solche Gräueltaten keinen Platz mehr haben. Die Berichte mehrerer zivilgesellschaftlicher Organisationen sowie der offizielle UN-Bericht zeichnen indes ein anderes Bild. Viele dieser staatlichen Initiativen, so die Kritik, seien vorrangig administrativer Natur und führten zu keinen strukturellen Veränderungen. Häufig fehle es aber auch an der konsequenten Umsetzung, um Menschenrechtsverletzungen und deren Nichtverfolgung einzudämmen.

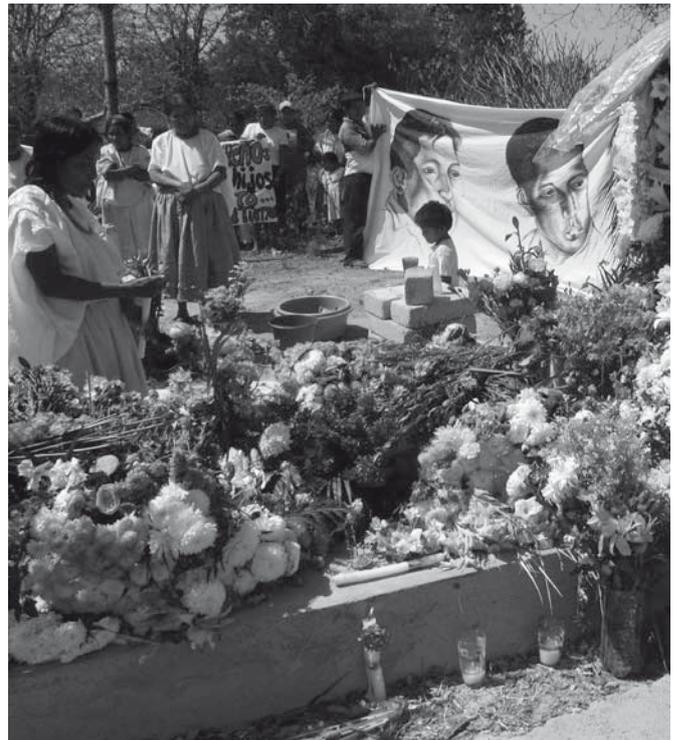
Staatliche Schutzmaßnahmen verpuffen

Der Mord an Raúl Lucas und Manuel Ponce ist kein Einzelfall. Am 10. Februar 2008 wurde ebenfalls in Ayutla de los Libres die mit Folterspuren übersäte Leiche von Lorenzo Fernández Ortega aufgefunden. Der Ermordete war ein führendes Mitglied der „Organisation des Volkes der Me´phaa“ (OPIM). Im April 2008 wurden fünf weitere OPIM-Mitglieder verhaftet, die Amnesty International daraufhin zu politischen Gefangenen erklärt hat. Vier von ihnen wurden erst nach fast einem Jahr wieder auf freien Fuß gesetzt. Aufgrund solcher und ähnlicher Vorfälle sehen sich viele AktivistInnen gezwungen, ihre Aktivitäten aufzugeben oder unterzutauchen. Selbst nachdem die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte im Sommer 2008 die Ausweitung von behördlichen Sicherheitsmaßnahmen auf insgesamt 41 OPIM-Mitglieder angeordnet hatte, verbesserte sich deren Situation nicht signifikant. In vielen Fällen erwies sich die Umsetzung dieser Maßnahmen als völlig unzureichend, um die bedrohten MenschenrechtsverteidigerInnen vor weiteren Übergriffen zu schützen.

Systematische Einschüchterungen, ständige Bedrohung

Besonders prekär ist der Fall von Obtilia Eugenio Manuel, die bereits seit ihrer Teilnahme am Gedenktag des Massakers von El Charco in 2002 bedroht wird. Nach ihrer Wahl zur Präsidentin der OPIM im Januar 2009 spitzt sich die Situation nun allerdings bedrohlich zu. Seither hat sie bereits sieben ernstzunehmende Todesdrohungen erhalten. Kurz nach ihrer Wahl wurde die neue OPIM-Präsidentin auf dem Weg zu einer Versammlung von drei Autos verfolgt. Einer der Insassen sprach sie mit den Worten an: „Du kommst dir wohl sehr mutig vor. Hoffentlich kommst du auch ins Gefängnis. Wenn ihr nicht ins Gefängnis kommt, werden wir euch töten.“ Im März wurde ihr mitgeteilt, dass sie die Nächste sein könnte, die verschwindet, gefoltert und erschossen wird.

Trotz breiter moralischer Unterstützung durch über 100 Nichtregierungsorganisationen hat Obtilia Eugenio Manuel mittlerweile die Region verlassen müssen. Ebenso musste das Menschenrechtszentrum Tlachinollan sein Büro in der Region Ayutla aufgrund der angespannten Situation auf unbestimmte Zeit schließen. pbi hat daraufhin seine Präsenz in Ayutla verstärkt, die schützende Begleitung für OPIM-Mitglieder ausgeweitet und die Kontakte zu politischen und militärischen Entscheidungsträgern intensiviert. In Deutschland hat pbi im Frühjahr 2009 mehrere Gespräche mit der mexikanischen Botschaft und mit Entscheidungsträgern aus Politik und Verwaltung geführt. Zudem wurde am 16. April eine



Beerdigung von Raúl Lucas und Manuel Ponce

Delegation der Europäischen Kommission nach Guerrero eingeladen. Es fand eine Zusammenkunft mit Mitgliedern der OPIM und des Menschenrechtszentrums Tlachinollan statt. VertreterInnen der deutschen und französischen Botschaft trafen sich außerdem zu Gesprächen mit Obtilia Eugenio Manuel und den vier freigelassenen OPIM-Aktivisten.

Die internationale Gemeinschaft ist gefragt

Mexiko hat nun schon mehrfach zugesagt, MenschenrechtsverteidigerInnen einen besonderen Schutz zukommen zu lassen. Eigentlich sollte dies bereits ein am 29. August 2008 gestartetes „Nationales Menschenrechtsprogramm“ gewährleisten. Allein eine Umsetzung dieses Programms ist bis heute nicht erfolgt. Auch seit Annahme der Empfehlungen des UN-Menschenrechtsrates konnte nicht festgestellt werden, dass konkrete Schritte unternommen wurden, um die Sicherheit der MenschenrechtsverteidigerInnen in Guerrero zu verbessern. Wichtig ist nun, dass die internationale Gemeinschaft Mexiko dazu anhält, seinen Verpflichtungen nachzukommen. -- pbi Maik Müller, Adam Muminovic



pbi ist seit 2003 in der Gemeinde Ayutla im Bundesstaat Guerrero präsent



Vidulfo Rosales (Tlachinollan) im Interview mit Maik Müller (pbi D)

„Die Situation ist äußerst ernst“

Das Menschenrechtszentrum „Tlachinollan“ schließt sein Büro in Ayutla

Als VIDULFO ROSALES und ALEJANDRA GONZÁLES vom mexikanischen Menschenrechtszentrum „Tlachinollan“ im Juni 2009 nach Deutschland reisten, gab es einen wichtigen Grund: zwei Monate zuvor mussten sie ihr Büro in Ayutla de los Libres im Bundesstaat Guerrero schließen. Die Drohungen gegen ihre MitarbeiterInnen und gegen Organisationen, die von ihren AnwältInnen unterstützt werden, waren zu stark geworden. MAIK MÜLLER, der ein Jahr als pbi-Freiwilliger in Guerrero arbeitete, sprach mit Vidulfo Rosales über die Hintergründe.

Maik Müller: Ihr habt im April 2009 euer Büro in Ayutla geschlossen. Wie kam es dazu?

Vidulfo Rosales: Die Schließung ist das Resultat der zunehmenden Dro-

hungen, die wir seit 2008 erhalten. Unsere Arbeit wurde durch die Regierung diffamiert. Nach der Ermordung von Raúl und Manuel wurde die Lage immer schwieriger (siehe Artikel Seite 8-9). Plötzlich war das ganze Team von Tlachinollan Zielscheibe von Bedrohungen. Unser Büro in Ayutla wurde von Sicherheitskräften überwacht. Wir schätzen die Situation als äußerst prekär ein. Besonders seit den Ereignissen vom 20. März 2009, als acht unserer MitarbeiterInnen während einer Autofahrt durch Schüsse in die Luft bedroht wurden. Daran wurde deutlich, dass unser gesamtes Personal in Lebensgefahr ist.

Aber was uns dazu bewegte, das Büro zu schließen, war die totale Untätigkeit der Regierung. Trotz internationalen Drucks wurden keine wirklichen Ermittlungen durchgeführt oder jemand für die Angriffe zur Rechen-

schaft gezogen. Die Drohungen gegen uns und gegen unsere Familienangehörigen nehmen nicht ab, sondern zu. Solange es im Fall Raúl und Manuel keine Anklage gibt, werden wir nicht nach Ayutla zurückkehren können. Das wäre ein zu hohes Risiko für uns. Wir wissen, dass es wichtig ist, das Büro wieder zu eröffnen. Daher treiben wir den Fall Raúl und Manuel voran. Bei der Landesstaatsanwaltschaft gab es bereits acht Anzeigen wegen früherer Attacken auf Raúl, die allesamt ergebnislos waren. Deshalb wollen wir, dass nun die Bundesstaatsanwaltschaft die Ermittlungen übernimmt.

Was bedeutet die Schließung des Büros für euch und für die Menschen in der Region?

Die Situation ist bedauerndswert. Seit 25 Jahren wurde in Mexiko kein Menschenrechtsbüro mehr geschlos-

sen. Das allein zeigt, wie ernst die Situation ist. Wir arbeiten in 40 Gemeinden, in denen wir Menschenrechtsverletzungen dokumentieren, Beratung und Workshops anbieten. Von der Schließung sind somit etwa 10.000 Menschen betroffen. Sie sind sehr besorgt und verwundbar, da der Schutz durch unsere MenschenrechtsverteidigerInnen nun wegfällt.

Wie ist die Stimmung unter den Organisationen und bei euch?

Wir sind alle sehr besorgt. Ebenso andere Organisationen, da sich die Drohungen nicht nur gegen uns richten, sondern sich auf andere Organisationen ausweiten. Wir werden alles tun, um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken und die Situation öffentlich zu machen – auch auf internationaler Ebene.

Unsere Sorge wird dadurch verstärkt, dass die Landesregierung der Zivilgesellschaft die Möglichkeit nimmt, am politischen Leben teilzunehmen. Zwischen 2005 und 2006 wurde von den indigenen Gemeinden ein Programm erarbeitet: mehrere Organisationen haben Vorschläge zur Verbesserung der Menschenrechtslage und der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte der Indigenas erarbeitet. Die Regierung hat alle Initiativen und Vorschläge abgelehnt und den eingeleiteten Dialog beendet. Die Fronten verhärteten sich, was bei einigen Bewegungen zu einer Radikalisierung geführt hat. Wir befürchten, dass sich die Situation in Guerrero weiter zuspitzen wird und in gewaltsamen Aktionen entlädt. Das Wiederauftauchen bewaffneter Gruppen hat für die Zivilgesellschaft und besonders für die Indigenas negative Auswirkungen. Da die Militärs die bewaffneten Gruppen nicht lokalisieren können, richten sich ihre Aktivitäten und Übergriffe nicht gegen die Guerilla, sondern gegen die Zivilbevölkerung.

Berichtet die Presse über die Situation in Guerrero und Ayutla?

Es gibt in Guerrero nur zwei unabhängige Zeitungen, die kritisch über das Thema Menschenrechte berichten. Alle anderen Zeitungen werden vom Staat kontrolliert. Die beiden kritischen Medien werden durch staatliche Stellen kriminalisiert. In der bundesweiten



Nach dem Gespräch im Auswärtigen Amt Berlin

Presse werden die Probleme in Guerrero, im Gegensatz zu Oaxaca und Chiapas, nicht erwähnt. Viele Menschen wissen nicht, was in den verschiedenen Landesteilen geschieht.

Mit wem habt ihr euch in Europa getroffen und was sind eure Ziele?

Wir tragen unsere Sorgen bei den Außenministerien und bei ParlamentarierInnen verschiedener Länder vor. Das Bild von Mexiko ist häufig sehr positiv, da Mexiko sehr kooperativ in der internationalen Zusammenarbeit ist und eine gute Außendarstellung betreibt. Wir hoffen darauf, dass die Probleme in Gesprächen mit der mexikanischen Regierung klar und deutlich angesprochen werden.

In London haben wir erreicht, dass einige englische ParlamentarierInnen mit ihren mexikanischen KollegInnen sprechen werden, um die angespannte Situation in Ayutla auf die Agenda zu bringen. Das Parlament in Mexiko hat sich bereits zur Situation geäußert. Auch englische AnwältInnen werden sich bei einer von pbi organisierten Delegationsreise ein Bild von der Situation in Guerrero machen. Spanien wird bald die EU-Präsidentschaft übernehmen. Die spanischen ParlamentarierInnen sind mittlerweile sehr gut informiert über die Situation in Guerrero. Das spanische Außenministerium hat zugesagt, die Umsetzung der vom UN-

Menschenrechtsrat ausgesprochenen und von Mexiko angenommenen Empfehlungen zu beobachten. Unsere Erfahrung hat gezeigt, dass diese Art der Unterstützung von außen zu einer Verbesserung der Situation beitragen kann.

Habt ihr auch in Deutschland etwas erreichen können?

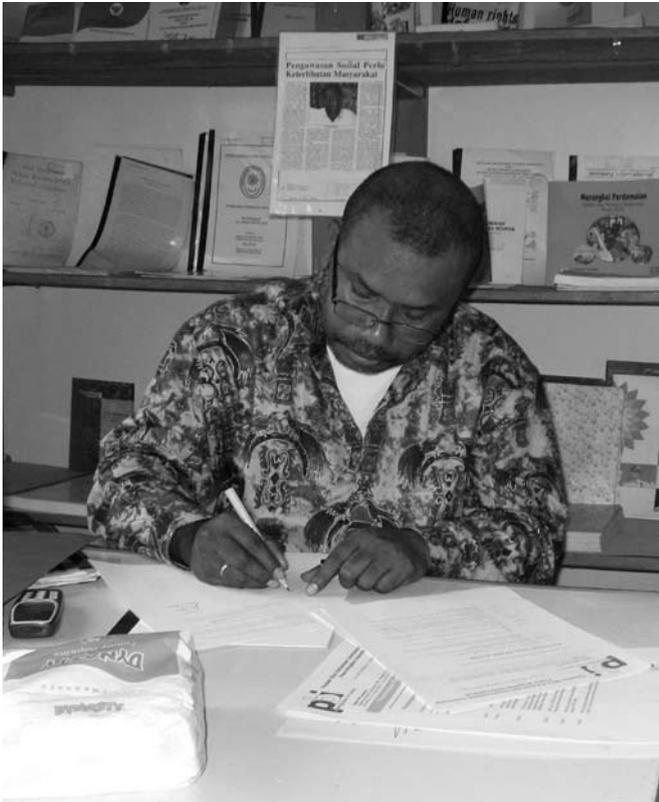
Ja, die MitarbeiterInnen des Außenministeriums in Deutschland waren sehr offen. Wir werden den Kontakt weiter pflegen und die deutsche Botschaft weiterhin über die Situation informieren. Ein Mitarbeiter der deutschen Botschaft hat im April zusammen mit KollegInnen anderer EU-Staaten Guerrero einen Besuch abgestattet und ist auch nach Ayutla gekommen. Auch beim Deutschen Anwaltsverein verliefen die Gespräche gut.

Aber die effektivste Unterstützung, die wir haben, kommt von Partnerorganisationen aus Europa, zu denen ja auch pbi gehört. Über unsere Partner haben wir die Möglichkeit, Druck aufzubauen. Wir sind neben unserer täglichen Arbeit und den Sorgen vor Ort nur zum Teil in der Lage, die notwendigen Kontakte mit den verschiedenen Regierungsstellen aufrecht zu halten. Auch deswegen ist die Unterstützung von pbi und anderen Organisationen so wichtig für uns. Gemeinsam mit ihnen können wir die Themen bearbeiten, die uns alle beschäftigen. -- pbi

Das Menschenrechtszentrum Tlachinollan setzt sich für die Rechte von indigenen Gemeinden in der Region Montaña (Mexiko) ein und bietet ihnen rechtliche und psychologische Unterstützung. Sein Hauptsitz ist in Tlapa im Bundesstaat Guerrero. In Ayutla befindet sich das zweite Büro. Aufgrund wiederholter Drohungen werden die Mitglieder von Tlachinollan von pbi begleitet.

Als Streiter für Menschenrechte in Papua

Der indonesische Anwalt Yan Christian Warinussy



Yan Christian Warinussy unterzeichnet die Begleitvereinbarung mit pbi

„Wenn du ein Doktor bist und 100 Menschen hilfst, gewinnst du 100 Freunde. Wenn du ein Menschenrechtsanwalt bist und 100 Menschen hilfst, gewinnst du 100 Freunde aber auch 100 Feinde oder mehr.“ sagt der inzwischen auch international bekannte Menschenrechtsanwalt YAN CHRISTIAN WARINUSSY aus Manokwari, Papua.

Als er 1989 sein Jurastudium abschloss stand für ihn fest, dass er als Anwalt für die Anerkennung der Menschenrechte der Papuas streiten wollte. Nur gab es damals keine einzige papuanische Menschenrechtsorganisation, zu der er gehen konnte. Dafür eine umso längere und blutige Geschichte von Menschenrechtsverbrechen. Laut internationalen BeobachterInnen wurden seit 1963 mehr als 100.000 Papuas in dem dünn besiedelten Regenwald und Hochland durch indonesische Sicherheitskräfte getötet. Das heißt, jede papuanische Familie hat zumindest einen Angehörigen in diesen von internationalen Studien als Völkermord bezeichneten Menschenrechtsverbrechen verloren.

Mit etwas Glück bekam er eine Anstellung bei der Indonesien weit agierenden Menschenrechtsorganisation LBH, deren MitarbeiterInnen in Aceh später von pbi begleitet wurden. In den folgenden Jahren gewann er den Ruf eines unbezweifelten und kompromisslosen, vor Gericht gefürchteten

Menschenrechtsanwalts. 1994 gründete er zusammen mit seinem Partner die erste papuanische Rechtshilfeorganisation, bekannt unter dem Kürzel LP3BH. Dahinter verbirgt sich das Institut für juristische Analysen, Nachforschungen und Rechtsförderung in Manokwari.

Die harte Reaktion der Staatsgewalt

Sein unbeugsames und beharrliches Engagement stieß nicht überall auf Gegenliebe. Aus doppeldeutigen Fragen wurden mit asiatischem Lächeln ausgesprochene deutliche Warnungen. Aus versteckt zugeschobenen Todesdrohungen plump inszenierte Verhaftungen und offene Sabotage. Im Jahr 2000 wurde der Anwalt Warinussy drei Monate inhaftiert. Die Polizei warf ihm Diffamierung vor, weil er in einem Brief an die Polizei kritisiert hatte, dass sie illegalen Holzeinschlag in den Wäldern der einheimischen Bevölkerung decken und unterstützen würde. Warinussy wurde während seiner Haft von der Polizei misshandelt. Immer häufiger schickte er seine Frau, seine „mutigere Hälfte“, wie er sagt, und seine fünf kleinen Kinder zum Schwager nach Java ins Exil. Am 21. Juni 2001 drohte ihm der Polizeichef in Manokwari mit gezogener Waffe, ihn und seinen Mandanten auf der Stelle zu erschießen, nachdem Warinussy in einem Brief und mit seinem Besuch gegen die Misshandlung seines Mandanten in Polizeigewahrsam förmlich protestierte. Es war nur die erste von immer wieder offen oder anonym ausgesprochenen Todesdrohungen gegen ihn und seine Familie.

Durchhalten mit Hilfe Gottes und des Spiels der Götter

Auf die Frage, woher er die Kraft und den Mut nehme, in solchen Situationen unbeirrt weiterzumachen, antwortete er: „Aus meinem Glauben an Gott und der Leidenschaft für das Spiel der Götter - Fußball!“ Yan Christian coacht die Juniorenmannschaft von Manokwari. Im übrigen ist dies eine sicher ungeplante und skurrile, aber durchaus effektive Art, seine Bekanntheit, Akzeptanz und damit die persönliche Sicherheit zu erhöhen.

Seine sehr angespannte Sicherheitslage, die der wortkarge, aber immer verbindlich und gefasst wirkende Yan Christian die „schweren Jahre“ seiner Laufbahn nennt, änderte sich schlagartig mit der Verleihung des John Humphrey Freedom Awards 2005. Zum ersten Mal erhielt ein Menschenrechtsverteidiger aus Papua diesen hoch dotierten Menschenrechtspreis. Er ist nach dem kanadischen Rechtsgelehrten benannt, der maßgeblich an der Formulierung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte 1948 beteiligt war. „Ich war geschockt“, gesteht Yan Christian, „ich galt als ein allgemeines Ärgernis, wurde als Verräter stigmatisiert. Und auf einmal gab es auf der anderen Seite der Welt so eine hohe Anerkennung meiner Arbeit und Mühe. Das hatte ich nie erwartet.“



Auf gute Partnerschaft: ein Handschlag besiegelt die künftige Begleitung



Vortrag während des Besuchs in Deutschland

Unterstützung aus dem Ausland – aber auch neue Gefahren

Er reiste nach Kanada und in die Vereinigten Staaten, traf Senatoren, Abgeordnete, Vorsitzende namhafter Organisationen und berühmte Rechtsexperten. Jene, deren Bücher er sich früher gern gekauft hätte – und er lernte pbi kennen. Über Nacht war sein Name auch jenseits seines Ressorts und der Landesgrenzen bekannt. Heute gehören er und seine Organisation zu den wichtigsten unabhängigen Menschenrechtsstimmen für Westpapua. Den hinzugewonnenen Einfluss und internationalen Rückhalt nutzte Warinussy, um sein Einsatzgebiet zu erweitern und seine Nachforschungen auch an entlegenen Schauplätzen anstellen zu können.

Durch die internationale Unterstützung, die sich um ihn formierte, wurde man auch beim Mineralölkonzern British Petrol (BP) auf ihn aufmerksam. Dort wollte man aus den Fehlern des Minengiganten Freeport McMoran bei ihrem rücksichtslosen Gold- und Kupferabbau lernen und eine angesehene Menschenrechtsorganisation in ihr Beratungsgremium einbeziehen. BP hat Ende 2008 die Erdgasgewinnung in der Bintuni-Bucht aufgenommen, einem der größten Erdgasprojekte der Welt. Warinussys Organisation LP3BH berät den Konzern und die lokalen Gemeinschaften der Bucht. Sie überwacht das Vorgehen des zweitgrößten Mineralölkonzerns der Welt gegenüber den indigenen Völkern in der Region. In Westpapua haben Großprojekte, wie die größte Gold- und Kupfermine der Welt des US-Konzerns Freeport, eine lange Geschichte von Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung mit sich gebracht.

Die freie Meinung vor Gericht

Der heftig umstrittene „Artikel 77“ ist ein weiteres Arbeitsfeld Warinussys. Nach diesem präsidentiellen Erlass von 2007 wurde das Zeigen separatistischer Symbole, wie beispielsweise die verbotene Flagge Westpapas, mit hohen Gefängnisstrafen geahndet. Indonesische Sicherheitskräfte gingen immer öfter gegen Demonstranten in Westpapua

vor. Das Hissen der Fahne wird laut Organisationen wie Amnesty International oder Human Rights Watch auch heute noch zum Anlass für schwere Menschenrechtsvergehen seitens des Staatsapparats genommen.

Yan Christian Warinussy verteidigte eine Gruppe von elf DemonstrantInnen, die im März 2008 wegen des Mitführens der papuanischen Morgensternflagge verhaftet wurden. Trotz seines Einsatzes mussten die elf Inhaftierten von Manokwari für über zwei Jahre ins Gefängnis. Ihr Verteidiger unterstützt sie weiterhin, kämpft für bessere Haftbedingungen und leistet Öffentlichkeitsarbeit. Er hinterfragt offen die juristische Begründung des Streites um die Flagge, der im August 2008 mit der Erschießung von Opinus Tabuni auf einer weiteren Demonstration in Wamena ein Todesopfer forderte. Gemäß der Westpapua zugesprochenen Sonderautonomie gilt die Morgensternflagge als kulturelles Symbol, dessen Verwendung nicht strafbar ist. Die Regierung droht aber jedem, der die verbotene Fahne hisst, mit Haftstrafen für Landesverrat bis zu 20 Jahren. -- **pbi** Paul Metsch, Gerrit Meyer

Yan Christian Warinussy in Deutschland

Im April 2009 besuchte Yan Christian Warinussy die Niederlande, Schweiz und Belgien. pbi hatte den seit 2006 begleiteten Anwalt nach Europa eingeladen, damit er von seiner Arbeit, der bedrohlichen Lage für MenschenrechtsverteidigerInnen in Westpapua und den Projekten zur Ausbeutung von Rohstoffen wie Erdgas, Gold, Kupfer und Holz berichten konnte. Diese Projekte führen dort zum Verlust von Land und Kultur der Einheimischen. Auf dem Programm standen Treffen mit Abgeordneten, Anwaltsvereinigungen und Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen sowie öffentliche Vorträge in Berlin, Hamburg, Wuppertal und Köln.

Die Schwierigkeiten der Rückkehr oder der „umgekehrte Kulturschock“

Begleitung der pbi-Freiwilligen nach ihrer Rückkehr aus dem Projektland

Nicht nur der Freiwilligendienst im Projektland, sondern auch die Rückkehr nach Deutschland stellt für die pbi-Freiwilligen eine große Herausforderung dar. Sie stehen vor der schwierigen Aufgabe, die gewonnenen Erfahrungen zu verarbeiten und mit einer veränderten Lebens- und Arbeitssituation in Einklang zu bringen.

Der Freiwilligendienst in einem pbi-Projekt ist in verschiedener Hinsicht eine große Herausforderung, in der die Freiwilligen sowohl interessante und bereichernde als auch schwierige Erfahrungen sammeln. Das enorme Arbeitspensum, das Zurückstellen persönlicher Interessen in einem interkulturellen Team und die psychische Belastung, die eine Arbeit in Konfliktgebieten mit sich bringt, bedeutet eine hohe Anforderung an die Freiwilligen. Daher hat pbi die Verantwortung, sie nicht nur optimal auf ihren Einsatz im Projekt vorzubereiten, sondern auch dafür zu sorgen, dass eine gute Begleitung, vor allem nach dem Freiwilligeneinsatz, gewährleistet ist.

Die Freiwilligenbegleitung nach dem Einsatz

Das pbi-Konzept zur Personalbegleitung orientiert sich hierbei an einem ganzheitlichen Ansatz: Der Einsatz wird als Prozess erfasst und entsprechend werden die verschiedenen Phasen vor dem Einsatz, während des Einsatzes und nach dem Einsatz einbezogen. Die RückkehrerInnenbegleitung ist also „Teil des Ganzen“. Dabei ist die hier beschriebene Form der Begleitung nach dem Einsatz weder eine Therapie noch ein Ersatz für therapeutische Maßnahmen.

pbi gibt Hilfestellung durch Auswertungs- und Beratungsgespräche und vermittelt bei Bedarf weitergehende Unterstützung, zum Beispiel durch PsychologInnen, denen die Besonderheiten eines Freiwilligendienstes gut bekannt



An den Konzepten zur Freiwilligenbegleitung wird intensiv gearbeitet

sind. Eine große Unterstützung bei der Wiedereingliederung in Deutschland bietet darüber hinaus die sogenannte „RückkehrerInnenstelle“. pbi-Freiwillige haben die Möglichkeit, sich nach der Rückkehr aus dem Projekt auf eine sechsmoatige ReferentInnenstelle zu bewerben, die ausschließlich den RückkehrerInnen vorbehalten ist. Im Rahmen dieser Stelle sind sie in die Aktivitäten von pbi Deutschland eingebunden. Sie wirken zum Beispiel in der Bildungsarbeit, der Advocacyarbeit und der Öffentlichkeitsarbeit mit. Die pbi-Freiwilligen vermitteln ihre Erfahrungen beispielsweise in Vorträgen oder in Workshops mit Jugendlichen und erleben, dass dies auf großes Interesse stößt. Vor allem deshalb, weil sie die Situation in den Projektländern sehr authentisch vermitteln können. Für pbi stellen die vielfältigen Erfahrungen und Kenntnisse, die die Freiwilligen mitbringen, ein unersetzbares Potential für die Inlandsarbeit dar. So profitieren beide Seiten davon.

Alles bekannt – und trotzdem fremd

Viele Freiwillige müssen mit zwei „Kulturschocks“ zu recht kommen: Mit dem ersten dort, wo der Einsatz stattfand und mit dem zweiten bei der Rückkehr in das Herkunftsland und in die „eigene“ Kultur. Natürlich gibt es viele individuelle Unterschiede in den Auswirkungen und im Umgang hiermit.

Das Zugehörigkeitsgefühl zu vorherigen sozialen Netzwerken oder zum Herkunftsland kann sich verändern und somit zu einem Identitätsverlust führen. Auch die Fähigkeiten, der verbalen und nicht verbalen Kommunikation haben sich vielleicht geändert, schließlich geht die Beherrschung einer anderen Sprache mit dem Zugang zu anderen kulturellen Konzepten und Werten einher. Dazu stellt sich den RückkehrerInnen oft die Frage, wie die Veränderungen in Bezug auf Lebensstil, Wissen, Werte oder veränderte Befindlichkeiten in einen neuen Lebenszusammenhang eingegliedert werden können. Wichtig für die zurückkehrende Person ist es hierbei, zu erkennen, welche Veränderungen sich in ihrem Wertesystem und in ihren Handlungen vollzogen haben. Dabei ist ein entscheidender Punkt die Akzeptanz, dass die Integration in die eigene Gesellschaft ein gegenseitiger Prozess ist, der von beiden Seiten Verständnis und Zeit braucht.

Ein anderer schwieriger Aspekt, der hinzukommen kann, ist das Gefühl des Verlustes, den die Rückkehrenden verspüren. Sie mussten sich von FreundInnen im Einsatzland verabschieden, die sie erstmal nicht wiedersehen und die meistens bedroht sind. Es kann auch vorkommen, dass die Person im Projektland einen sozialen Status innehatte, den sie nun nicht mehr besitzt, z.B. galt sie im Einsatzland



Gute Gesprächsführung lässt sich lernen: Fortbildung für MitarbeiterInnen von Freiwilligenorganisationen

als „ausländische ExpertIn“ und zu Hause ist sie eine unter vielen. Dies kann durch eine schwierige finanzielle Situation oder Arbeitslosigkeit noch verstärkt werden.

Nach dem Einsatz – Möglichkeiten und Angebote

Etwa drei Monate, bevor die Fachkraft in ihr Herkunftsland zurückkehrt, nimmt die Referentin für Freiwilligenbegleitung via Email Kontakt zu den Freiwilligen auf und spricht mit ihnen über die letzte Phase ihres Aufenthaltes sowie die Zeit danach. Dazu werden die Freiwilligen in den pbi-Projektländern von den Team- und Projektmitgliedern auf ihre Rückkehr vorbereitet. Wichtig ist, sich und den Freiwilligen klar zu machen, dass das im Ausland Erlebte nicht mit der Rückkehr endet, sondern auch nach der Rückkehr noch das Alltagsleben beeinflussen kann.

Nach jedem Einsatz findet ein Nachbereitungsgespräch mit der Referentin für Freiwilligenbegleitung in der Geschäftsstelle statt. Dieses dient u.a. der fachlichen und berufsbezogenen Auswertung des Einsatzes. Zudem wird geklärt, wie der/die Freiwillige seinen/ihren allgemeinen und psychosozialen Gesundheitszustand wahrnimmt. Auf Wunsch werden PsychologInnen vermittelt. Außerdem kann Hilfe bei der Bewältigung von Alltagsfragen (z. B. die Neuaufnahme in eine Krankenversicherung) gegeben werden. Zusätzlich gibt es ein von erfahrenen TeamerInnen geleitetes RückkehrerInnenseminar, welches in erster Linie dem gemeinsamen Erfahrungsaustausch mit anderen kürzlich zurückgekehrten Freiwilligen dient.

Die Konzepte der Nachbereitung entwickeln sich weiter

Wenngleich die Begleitung von Freiwilligen nach einem Einsatz als ein wichtiges Element der Arbeit in der Entwicklungszusammenarbeit gesehen wird, liegen bislang wenige systematische Arbeiten oder Konzepte speziell zur Nachbetreuung vor. Auf einem 2007 vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) veranstalteten Studientag zur Reintegration von internationalen Friedensfachkräften zeigte sich, dass die Begleitung der Freiwilligen nach ihrem Dienst im Einsatzland dringend

verbessert werden sollte. pbi hat in Bezug auf dieses Thema bereits früh Handlungsbedarf gesehen. Innerhalb von pbi Deutschland gründete sich bereits 2004 die AG Freiwilligenbegleitung, welche sich kontinuierlich mit dem Konzept der Betreuung von Freiwilligen auseinandersetzt. Darin spielt die Nachbereitung eine wichtige Rolle. 2006 wurde zudem die ReferentInnenstelle für Freiwilligenbegleitung geschaffen (vgl. Interview mit der Referentin Cathrin Schmock auf Seite 16-17). Auch auf internationaler Ebene entwickelt sich die Freiwilligenbegleitung weiter: 2005 gründete sich bei pbi die „Volunteer Support Working Group“, welche letztes Jahr Richtlinien erarbeitet hat, die für die gesamte Organisation als Minimalstandards gelten sollen. Als Grundlage hierfür diente eine projektübergreifende Evaluierung der pbi-Freiwilligenbegleitung weltweit.

Erfreulicherweise konnte pbi somit in den letzten Jahren den gesamten Prozess der Freiwilligenbegleitung deutlich verbessern. Dennoch gibt es für pbi die Anforderung, neben einer guten Vorbereitungs- und Qualifizierungsstrategie weiterhin an ihrem ganzheitlichen Konzept der Begleitung mit Schwerpunkt Nachbereitung weiterzuarbeiten. Deswegen gilt es nun, den hierzu begonnen Prozess weiterzuführen, um durch eine gute Nachbereitung auch etwas an die Freiwilligen zurückzugeben, die durch ihren engagierten Einsatz einen wichtigen Beitrag zur Friedensarbeit leisten. -- pbi

Suhela Behboud



Der Vortrag des Rückkehrers Paul Metsch in Thüringen stößt auf reges Interesse

Dieser Text basiert auf der im Frühjahr 2009 erschienenen Broschüre „Die Begleitung von pbi-Freiwilligen in der internationalen Friedensarbeit. Vorbereitung, Betreuung und Nachbereitung von Freiwilligeneinsätzen“ (pbi Studie 2, Hg. pbi-Deutscher Zweig e.V., 2009). Sie ist kostenlos in der pbi-Geschäftsstelle erhältlich.

In Kürze erscheint die pbi-Studie 3. Die pbi-Freiwilligen wurden gebeten, alle Aspekte der Freiwilligenbetreuung zu bewerten. Hieraus entstanden Empfehlungen zu einer weiteren Verbesserung der gewählten Methoden und Inhalte.

Suhela Behboud, die Autorin der Broschüre und dieses Artikels, ist seit zehn Jahren für pbi aktiv. Sie ist Vorstandsmitglied und Mitbegründerin der AG Freiwilligenbegleitung.

„Ich finde es wichtig, eine gute Begleitung für die Freiwilligen anzubieten“

Die Koordinatorin für Freiwilligenbegleitung im Interview



Immer ein offenes Ohr für die Freiwilligen: Ansprechpartnerin Cathrin Schmock

CATHRIN SCHMOCK arbeitet in der pbi-Geschäftsstelle als Ansprechpartnerin für alle Freiwilligen, die einen Einsatz im Projektland absolvieren. Dabei spielt der Aspekt der Nachbereitung eine immer größere Rolle. Rundbrief-Redakteurin JOHANNA STÖPLER sprach mit ihr über die Arbeit mit den RückkehrerInnen.

pbi-Rundbrief: Warum gibt es die Freiwilligenbegleitung bei pbi und was motiviert dich, gerade in diesem Bereich zu arbeiten?

Cathrin Schmock: Die Stelle ist 2005 auf Initiative der pbi-Arbeitsgruppe Freiwilligenbegleitung entstanden, die diesem Bereich ein größeres Gewicht verleihen wollte. Es wurde ein Konzept entwickelt, aus dem das Handbuch zur Freiwilligenbegleitung entstand. 2006 habe ich dann angefangen, als Koordinatorin für die Freiwilligen zu arbeiten. Persönlich motiviert war ich aufgrund meiner eigenen Erfahrung als pbi-Freiwillige in Mexiko. Ich finde es sehr wichtig, eine gute Begleitung für die Freiwilligen anzubieten.

Das Thema Debriefing oder Nachbereitung: warum beschäftigt man sich damit jetzt mehr als früher?

Viele Organisationen haben in den letzten Jahren einen stärkeren Fokus auf die Phase nach der Rückkehr gelegt, weil die Auswirkungen für ihre Freiwilligen und Fachkräfte früher weniger wahrgenommen wurden. Neu ist zum Beispiel, dass die Nachbereitung häufiger mit psychologischer Unterstützung untermauert wird. Auf der persönlichen Ebene ist es manchmal so, dass bestimmte Erlebnisse die Freiwilligen nicht mehr loslassen. Genau diese sollten dann mit unserer Unterstützung bearbeitet werden. pbi versucht außerdem, das Wissen der RückkehrerInnen auch nachhaltig für unsere Zivilgesellschaft zu nutzen.

Warum sind die Erfahrungen und Erlebnisse für pbi so wichtig?

Ein Freiwilligendienst kann dein Verhältnis zur Welt nachhaltig verändern. Die Freiwilligen erleben Dinge, die sie sehr bewegen, belasten oder auch sehr gefreut oder berührt ha-

ben. Diese Erfahrungen sind dementsprechend intensiv und müssen mit dem Alltag hier in Einklang gebracht werden. Dies kann z.B. durch Vorträge oder Bildungsarbeit in der Schule passieren, was für die ZuhörerInnen auch wesentlich authentischer und intensiver ist als Berichte aus zweiter Hand. Zum anderen berücksichtigen wir auch die psychologische Ebene, denn wir wollen den Erlebnissen die entsprechende Bedeutung beimessen. Durch Beschreiben und persönliche Reflektion gibt man den Freiwilligen die Möglichkeit, sich mit den eigenen, auch belastenden Ereignissen auseinanderzusetzen. Interesse an deren Erlebnissen zeugt zudem von Wertschätzung der geleisteten Arbeit. Insofern hat die Nachbereitung zwei Seiten: der Output auf die Zivilgesellschaft und die Nachsorge auf persönlicher Ebene.

Welches sind zentrale Themen bei der Nachbereitung?

Ein wichtiger Aspekt besteht in der persönlichen Verarbeitung der Erlebnisse. Ein anderer wichtiger Aspekt ist die Integration der vielen Erlebnisse



Die pbi-Arbeitsgruppe Freiwilligenbegleitung hat schon viel erreicht. Schwerpunkt in diesem Jahr ist der Ausbau eines Patensystems für Freiwillige.

in den eigenen Alltag hier. Dieser Vorgang wirft ganz viele Fragen auf: Mein Horizont hat sich geweitet, ich muss manche Sachen hier neu bewerten, weil ich sie anders sehe. Irgendwie ist alles anders... Das kann erstmal zu Verunsicherungen führen. Die Dauer dieser Phase ist individuell unterschiedlich. Sie kann sehr kurz sein oder aber auch mehrere Monate andauern, bis hin zu der existenziellen Frage „Was will ich hier eigentlich?“. Das kann ein Anzeichen dafür sein, dass ganz starke Erlebnisse nicht mehr in den Alltag integriert werden können.

Denkst Du, dass pbi in einer solchen Situation eine gute Unterstützung bietet?

Soweit wir die Möglichkeiten haben, ja. Auswertungsgespräche sollten auf einer persönlichen Ebene stattfinden, so dass die Freiwilligen sich offen fühlen, über die Dinge, die sie bewegen, zu reden. Nach der Rückkehr ist es wichtig, über einen längeren Zeitraum den Kontakt zu halten, um zu sehen, wie die Freiwilligen mit dieser Phase der Verunsicherung umgehen, ob die Intensität der Erlebnisse nachlässt und ob sie sich integrieren. Nur so kann ich wirklich beurteilen, ob es gut läuft.

Man muss natürlich auch seine Grenzen kennen. Wenn ich merke, ich komme nicht weiter oder die Kompetenzen nicht ausreichen, muss ich als Mitarbeiterin einer Entsendeorganisa-

tion nicht alles selbst auffangen. Gegebenenfalls ziehe ich Hilfe von PsychologInnen hinzu, von denen einige den pbi-Kontext sehr gut kennen. Sie können die Freiwilligen bei der Verarbeitung und positiven Integration der Erlebnisse unterstützen.

Werden die Freiwilligen neben der Unterstützung auch gefordert?

Natürlich, ein wichtiges Stichwort ist hier die Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit. Auch die developmentale Bildungsarbeit hilft den Freiwilligen, ihre Erlebnisse auf eine sinnvolle Art und Weise weiterzugeben und zu verarbeiten. Wo auch immer sie sich einbringen möchten, können sie das. Sie werden von uns auch dazu angehalten. Zudem sind sie eine ganz wichtige Ressource zur Pflege und dem Ausbau unseres Unterstützernetzwerks, denn deren Mitglieder sind wesentlich mehr zu einer effektiven Unterstützung bereit, wenn wir ihnen dafür kompetente GesprächspartnerInnen anbieten.

Gibt es auch Freiwillige, die kein Interesse an solch einer Mitarbeit haben?

Die meisten Freiwilligen interessieren sich sehr dafür. Natürlich gibt es auch einige, die das überhaupt nicht wollen. Meist deshalb, weil sie wieder ins Ausland gehen oder ganz andere berufliche Pläne haben. Bei manchen sollte man nachhaken, denn das kann auch eine Form von Abwehr belas-

tender Erlebnisse sein. Hineinsteigern darf man sich da aber auch nicht, denn die Freiwilligen sind erwachsene Menschen und schlussendlich ist es ihre Entscheidung. Wenn ich bei jemandem ein gutes Gefühl habe, respektiere ich das. Alle können letztendlich selbst beurteilen, inwieweit sie sich einbringen möchten.

Wie beurteilst Du die RückkehrerInnenstelle?

Wir haben sehr gute Erfahrungen damit gemacht. Existenzielle Fragen nach der Rückkehr lenken die Freiwilligen ganz schnell von pbi ab. Wenn man ihnen aber eine Art Übergang anbietet, ist das für alle Beteiligten unglaublich positiv: Wir können die Kompetenzen der RückkehrerInnen ganz konkret einbinden, die Freiwilligen haben das Gefühl, dass ihnen eine Brücke hin zu einem Alltag gebaut wird, der irgendwann auch nicht mehr mit pbi verbunden sein muss. Die Stelle selbst setzt sich aus Lobby-, Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit zusammen. Aber auch Begleitung und Vorbereitung der zukünftigen Freiwilligen gehört dazu.

Was wünschst Du Dir in Zukunft für die Freiwilligenbegleitung und insbesondere für die Nachbereitung?

In den letzten Jahren hat pbi wesentliche Schritte hin zu einer guten Begleitung gemacht. Wir haben mittlerweile ein gutes Gerüst, das wir aber immer noch ausbauen und verbessern können. So führen wir derzeit eine Bedarfsanalyse des gesamten Begleitungskonzepts durch, um herauszufinden, welche unserer Maßnahmen besonders hilfreich für die Freiwilligen sind und wo sie Verbesserungsbedarf sehen. Ich wünsche mir, dass unsere Begleitung weiterhin sehr auf das persönliche Verhältnis, viel Kommunikation und eine gute, vertrauensvolle Ebene achtet. Das ist die Grundlage dafür, dass alle Freiwilligen sich angenommen und gut begleitet fühlen und sich bei eventuellen Problemen öffnen können. Viel Kommunikation bedeutet aber auch immer viel Zeitaufwand, was für mich manchmal ein Problem darstellt. Aber generell halte ich diesen Weg für den richtigen. -- pbi



Im Auswertungsgespräch werden die Erlebnisse aus dem der Freiwilligendienst thematisiert. Cathrin Schmock mit dem Rückkehrer Gerrit Meyer.

„Auf halbem Weg zum Himmel“

Eine guatemaltekische Gemeinde kämpft für Gerechtigkeit

„Wenn ich den Sinn und die Idee meines Kampfes verliere, dann war mein Kampf umsonst. Alles, was ich durchgemacht habe“. Der Dokumentarfilm „Auf halbem Weg zum Himmel“ erzählt wie ALFONSO HERNÁNDEZ und seine MitstreiterInnen es schaffen, sich den Sinn ihres Kampfes über einen zehn Jahre andauernden Prozess gegen das Militär zu bewahren.

Alfonso Hernández ist einer von über einer Million GuatemaltekinInnen, die in den 1970er Jahren versuchten, dem Bürgerkrieg zu entfliehen. Nach vielen Jahren im mexikanischen Exil kehrte er im Herbst 1994, wie tausende andere Flüchtlinge und Vertriebene, in seine Heimat zurück. In einem zur entmilitarisierten Zone erklärten Gebiet im Norden Guatemalas gründeten er und weitere Rückkehrende die Siedlung „La Aurora“ („Die Morgenröte“). Kein Jahr später, während der Vorbereitungen für das Fest zum ersten Jubiläum, drang eine 25-köpfige Militärpatrouille in das Dorf ein und verkündete, „mitfeiern“ zu wollen. Es fielen Schüsse. Elf Menschen starben, darunter zwei Kinder. Etliche DorfbewohnerInnen wurden schwer verletzt. Der Überfall stellte eines der letzten von 669 Massakern dar, welche von der guatemaltekischen Wahrheitskommission als Völkermord an den Maya eingestuft werden.

10 Jahre Dreharbeiten

Regisseurin Andrea Lammers, selbst in Guatemala geboren und nach ihrem Studium als Menschenrechtsbeobachterin über pbi dorthin zurückgekehrt, kam mit der Gemeinde von La Aurora zum ersten Mal unmittelbar nach dem Massaker in Berührung. Im Krankenhaus begleitete sie monatelang die Überlebenden. Die Hoffnung und der Wille, als Zurückgekehrte gegen alle Widerstände ihr neues Leben in der Dorfgemeinschaft nach ihren eigenen Wünschen und Träumen zu gestalten, beeindruckten sie. Als die DorfbewohnerInnen den mutigen Schritt gingen, Klage gegen die Armee einzureichen, entschied sich Andrea Lammers, das weitere Schicksal dieser Menschen dokumentarisch zu verfolgen. Die Klage führte erstmals in Guatemala zu Ermittlungen und Anklage eines Kriegsverbrechens des Militärs. Mit derselben Hartnäckigkeit, mit der die DorfbewohnerInnen ihre Rechte einklagen, begleiteten Andrea Lammers und Co-Regisseur Ulrich Miller über die nächsten zehn Jahre den Prozess und seine Beteiligten.

Eindringliche und emotionale Sequenzen

Die ungeahnt lange Dauer des Projekts ermöglichte es dem Team, den Menschen aus La Aurora sehr nahe zu kommen. Und genau hieraus schöpft sich die Faszination dieses Films. In emotionalen und eindringlichen Sequenzen erzählen die DorfbewohnerInnen von ihrem Schicksal und ihrem Antrieb, weiter für ihre Rechte zu kämpfen. Ergänzt werden diese Erzählungen durch Einschübe von Archivmaterial, das die Rück-



kehr der Flüchtlinge aus Mexiko, die Gründung des Dorfes sowie Teile des Prozesses und die öffentliche Berichterstattung dokumentieren. Die große Stärke des Films liegt in den langen stummen Beobachtungen der Menschen und des Dorflebens, welche die Handlung immer wieder unterbrechen. Wenn sich die Kamera und ein gemächlich vorbeispazierender alter Mann sekundenlang anstarren und sich sein zunächst verdutzt dreinblickende Gesicht schließlich in ein verschmitztes Lächeln verwandelt, wird der Bildschirm zum Spiegel. Diese Ruhepausen helfen den ZuschauerInnen, die erschütternden Berichte und Bilder besser zu verarbeiten.

Seinen letzten Kampf, die Führung des Beweises, dass das Justizsystem Guatemalas funktionieren kann, gewinnt Alfonso. Doch die Uraufführung von „Auf halbem Weg zum Himmel“ erlebt er nicht mehr mit. Da ist er seinen Weg mit letzter Kraft schon bis ans Ende gegangen. Er nahm sich kurz vor der Feier zum 10. Jubiläum des Bestehens von La Aurora das Leben. -- **pbi** Patrick Hezel, Teresa Huhle

„Auf halbem Weg zum Himmel“ läuft seit dem 3. September 2009 in deutschen Kinos. Am 28. Dezember wird er um 0.50 Uhr in der ZDF-Reihe „Das kleine Fernsehspiel“ gezeigt.

Weitere Termine: www.aufhalbemwegzumhimmel.de

Personalia

Kolumbien



Miriam Futterlieb, 38, studierte Ethnologie mit dem Schwerpunkt Lateinamerika. Nach dem Studium arbeitete sie als Psychotherapeutin in verschiedenen Beratungsstellen. Sie ist seit drei Jahren in der Kolumbien AG und in der Regionalgruppe Berlin aktiv. Im August 2009 ist sie ins Kolumbienprojekt ausgereist.



Patricia Göthe, 34, hat Lateinamerikanistik und Soziologie studiert. Sie arbeitete in einem Modellprojekt zu demokratischer Schulentwicklung und ist freiberufliche Trainerin für antirassistische und interkulturelle Bildung. Sie war 2000 das erste Mal im Rahmen eines Stipendiums in Kolumbien. Seit Herbst 2009 ist sie Freiwillige in Kolumbien.

Mexiko



Juli Marquardt, 26, hat Pädagogik mit dem Schwerpunkt „Interkulturelle Kommunikation“ in Oldenburg studiert. Seit Beginn ihres Studiums interessiert sie sich besonders für Lateinamerika. Nach mehreren Studien- und Praxisaufenthalten in Argentinien und Guatemala ging sie im Juni 2009 in das Team nach Chilpancingo.



Liselot Petry, 31, kommt aus Köln und ist ausgebildete Erzieherin und Sozialarbeiterin. Während eines Praktikums beim Service Civil International sammelte sie Erfahrungen im NGO-Bereich und lernte die Arbeit einer Friedensorganisation kennen. Im Februar 2009 ist sie ins Mexikoprojekt ausgereist.

Guatemala



Juliane Walter, 28, hat an den Universitäten Bamberg, Paderborn, Barcelona und Würzburg Europäische und Internationale Wirtschaft und Europäisches Recht studiert. Von 2006 bis 2008 lebte sie in Guatemala und arbeitete im Bereich Menschenrechte. Anfang Mai 2009 trat sie in das Guatemala-Projekt ein.

Indonesien



Halina Schmidt, 31, hat in Mainz Wirtschaftsgeographie studiert und nach ersten Erfahrungen in der Entwicklungszusammenarbeit ein Weiterbildungsstudium in Konflikt und Frieden absolviert. Vor ihrer Ausreise nach Indonesien arbeitete sie in Südafrika im Bereich der Friedens- und Versöhnungsarbeit. Im April 2009 nahm sie nach dem Besuch der Sprachschule in Jakarta ihre Arbeit im Team auf.

Deutschland



Eva Mihalik, 28, kommt aus Ungarn, war während ihres Jurastudiums Mitarbeiterin von Amnesty International und machte dann einen Freiwilligendienst in der Kurve Wustrow. Bei pbi unterstützt sie das Schulprojekt und die Öffentlichkeitsarbeit und betreut die Info- und Weiterbildungsseminare.



Susanne Graaf, 24, hat Europastudien in Bayern und Argentinien studiert. Nach ihrem BA-Abschluss war sie neun Monate in der pbi-Geschäftsstelle mit dem Schwerpunkt Bildungsarbeit tätig. Nach ihrem Praktikum plante sie den 2. Hamburger Friedenslauf und vertrat von März bis Juli 2009 Paola Rosini als Koordinatorin des Schulprojekts.



Volker Uhl, 29, hat in Karlsruhe Allgemeine Pädagogik und in Hamburg Kultur- und Medienmanagement studiert. Er ist seit April 2009 als Honorarkraft für pbi tätig. Er unterstützt das Schulprojekt im Bereich Seminarplanung, Konzeptentwicklung, Aqise und Verwaltung und organisierte den Friedenslauf.



Gerrit Meyer, 33, war über ein Jahr Freiwilliger in den pbi-Teams in Jakarta und Papua, Indonesien. Bereits 2006 absolvierte er ein Praktikum im Hamburger pbi-Büro. Er hat Geschichts- und Politikwissenschaft in Tübingen und Dublin studiert. Von Januar bis Juli 2009 hatte er eine Rückkehrerstelle und unterstützte die Arbeit von pbi Deutschland.



Maren Enders, 33, war ihres Jurastudiums in mehreren lokalen Menschenrechtsprojekten tätig. Nach dem Examen war sie für ein Jahr mit der GTZ und Inwent in Guatemala. Nach dem Masterstudium in Internationalem Recht und Menschenrechte in Schweden war sie ein Jahr als Freiwillige im Guatemala-Projekt. Von Januar bis September 2009 arbeitete sie als Projektreferentin bei pbi und ist wieder Mitglied der Regionalgruppe Berlin.



Maik Müller, 31, arbeitete ein Jahr im pbi-Team in Mexiko und war von April bis September 2009 Projektreferent bei pbi Deutschland. Während seines Studiums der Regionalwissenschaften Lateinamerika in Köln und Sevilla beschäftigte er sich ausgiebig mit Kriegsursachen- und Konfliktforschung und stieß dabei auf die Arbeit von pbi. Nach seinem Studium arbeitete er zwei Jahre für verschiedene Unternehmen in Deutschland und engagierte sich in der pbi-Regionalgruppe Köln/Bonn.

PBI-KONTAKTE

Berlin: Simone Brandmayer, Tel.: 0178 – 926 62 80
regionalgruppe-berlin@pbi-deutschland.de

Frankfurt: Nicole Nienaber, Tel.: 0611 – 137 67 59
regionalgruppe-rheinmain@pbi-deutschland.de

Hamburg: Dr. Heinke Wendt, Tel./Fax: 040 – 87 11 39
Christel Köhler, regionalgruppe-hamburg@pbi-deutschland.de

Köln: Detlef Mrosk, Tel.: 02205 – 852 80
regionalgruppe-koeln@pbi-deutschland.de

Leipzig: Susan Anger, Tel.: 0341 – 337 59 06
regionalgruppe-leipzig@pbi-deutschland.de

Stuttgart: Bernhard Hametner, Tel.: 07022 – 24 14 36
regionalgruppe-stuttgart@pbi-deutschland.de

Guatemala-AG: Simone Einfeldt, Tel.: 040 – 53 79 35 91
guatemala@pbi-deutschland.de

Indonesien-AG: Hans-Ulrich Krause, indonesien@pbi-deutschland.de

Kolumbien-AG: Sascha Rusicke, Tel.: 030 – 23 27 38 24
kolumbien@pbi-deutschland.de

Mexiko-Projekt: Heike Kammer, Tel.: 0178 – 730 53 97
mexiko@pbi-deutschland.de

Nepal-Projekt: Karin Kelz, Tel.: 040 – 28 78 15 72
nepal@pbi-deutschland.de

AG Freiwilligenbegleitung: Suhela Behboud, Tel.: 040 – 80 60 12 86
suhela.behboud@pbi-deutschland.de

Rundbrief-AG: Doris Erdmann, Tel.: 040 – 38 90 43 70
doris.erdmann@pbi-deutschland.de

Puppentheater-AG: Heike Kammer, Tel.: 0178 – 730 53 97
milanomi2@yahoo.com

LÄNDERBÜROS

pbi – Deutscher Zweig e.V., Harkortstr. 121, D-22765 Hamburg
Tel.: +49 – 40 – 38 90 43 70, Fax: +49 – 40 – 386 94 17
E-Mail: info@pbi-deutschland.de, Internet: www.pbi-deutschland.de

pbi Österreich

Christine Hirtl, Kurzegasse 15, A-8020 Graz
Tel.: +43 – 662 – 62 49 38, E-Mail: chirtl@gmx.at

Markus Rieglhofer,

Bank Austria – Creditanstalt Lautendauf, Kto-Nr.: 10892613000; BLZ: 12000

ANSPRECHPARTNER/IN IN DER GESCHÄFTSSTELLE

Koordination & Advocacy: Astrid Hake

Unterstützung der Koordination: Johanna Stöppler

Freiwilligenbeauftragte: Cathrin Schmock

Schulprojekt & Theaterpädagogik: Paola Rosini, Heike Kammer, Volker Uhl

Öffentlichkeitsarbeit & Projektbegleitung:

Adam Muminovic, Sabine Günther, Doris Erdmann

Buchhaltung & Verwaltung: Birgit Beisel, Michaela Landsmann

RückkehrerInnen: Marie Becher, Heike Böttcher, Françoise Greve

TERMINE

Informationseminare

12.-14.02.10: Berlin

**Alle Veranstaltungstermine finden Sie auf unserer Website
www.pbi-deutschland.de**

PROJEKTSPEZIFISCHE TRAININGS

Kolumbien-Projekt

14.-21.02.2010: Spanien (Valladolid)

Frist für Bewerbungen und Referenzen: bereits abgelaufen

20.-27.06.2010: Spanien (Valladolid)

Frist für Bewerbungen und Referenzen: 11.01.2010

17.-24.10.2010: Spanien (Valladolid)

Frist für Bewerbungen und Referenzen: 06.05.2010

Guatemala-Projekt

Frühjahr 2010: Voraussichtlich in Europa

Frist für Bewerbungen und Referenzen: ca. vier Monate vorher

Nepal-Projekt

20.02.-01.03.2010: Spanien

Frist für Bewerbungen und Referenzen: bereits abgelaufen

Nächstes Training: Voraussichtlich im Herbst 2010

Frist für Bewerbungen und Referenzen: ca. vier Monate vorher

Mexiko-Projekt

Frühjahr/Sommer 2010: Portugal (Lissabon)

Frist für Bewerbungen und Referenzen: ca. vier Monate vorher

Indonesien-Projekt

Zwischen März und Juni 2010: Europa

Frist für Bewerbungen und Referenzen: ca. vier Monate vorher

FÖRDERER DIESER AUSGABE



Übrigens: Spenden an pbi sind steuerlich absetzbar!
Sparkasse Neuwied, BLZ 574 501 20, Konto-Nr. 200–105

IBAN: DE 76 5745 0120 0000 2001 05 BIC-Code: MALADE 51 NWD